

Nr. 17/963**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Nationaler Qualifikationsrahmen für Deutschland – Auswirkungen auf Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009
(Drucksache 17/972)
2. Die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel verbessern
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/1094)
3. Beteiligung des Landes Bremen am EU-Programm „Global Monitoring for Environment and Security – GMES“
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 26. November 2009
(Drucksache 17/1074)
4. Lage und Entwicklung des Handwerks im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 1. Dezember 2009
(Drucksache 17/1087)
5. Klimaschutz- und Energieprogramm (KEP 2020)/Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms nach § 13 des Bremischen Energiegesetzes
Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2009
(Drucksache 17/1112)
6. Gehirndoping im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 2009
(Drucksache 17/1116)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/1136)
7. Militarisierung in der politischen Bildung, in der Forschung, in den Schulen, bei der Arbeitsvermittlung und in Bremens industrieller Produktion
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 23. Dezember 2009
(Drucksache 17/1120)

Nr. 17/964**Fragestunde**

1. Einschulung zum Halbjahr
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Dezember 2009

2. Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Kompensation von Steuerausfällen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2009
3. Hafenschlick
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Martin Günthner, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. Januar 2010
4. Konsequenzen aus der Studie zu Jugendgewalt in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Björn Fecker, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Januar 2010
5. Ergebnisse der Amnestieregelung im Waffengesetz
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. Januar 2010
6. DNA-Duschen und Datenschutz
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Elisabeth Motschmann, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. Januar 2010
7. Auswirkungen der Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Januar 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Doppeltes Kindergeld in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Januar 2010
9. Umsetzung der EU-Richtlinie für sauberere Luft in den Häfen
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2010
10. Überhöhte Fernwärmepreise in Bremen-Nord
Anfrage der Abgeordneten Jens Dennhardt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. Januar 2010

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/965

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.:
„Hartz-IV-Abhängigkeit von Frauen und Kindern in Bremen und Bremerhaven – Konsequenzen aus der BIAJ-Mitteilung vom 15. Januar 2010 ziehen“;
2. auf Antrag des Abgeordneten Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:
„Konsequenzen aus dem Fall Schlecker ziehen: Leiharbeit nicht für Lohndumping und Abbau von Stammebelegschaften missbrauchen“;
3. auf Antrag der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU und der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP:
„Die Bildungssenatorin und die Wahrheit: Was taugt CITO für Bremen und Bremerhaven wirklich?“

Nr. 17/966

Weibliche Form berücksichtigen – Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/44)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/967

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 20. Januar 2010
(Drucksache 17/1131)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und der FDP vom 26. Januar 2010

(Drucksache 17/1141)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen der Geschäftsordnung zu und beschließt die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag unter Ziffer 2 wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, zu gegebener Zeit über den Stand der Überarbeitung der Geschäftsordnung zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/968

18. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 30. August bis 1. September 2009 in Nyborg, Dänemark

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. November 2009
(Drucksache 17/979)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 17/969

Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 10. Dezember 2009
(Drucksache 17/1104)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19. Januar 2010

(Drucksache 17/1124)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“ aus, in dem Vertreter/-innen der Parlamente der an die Nordsee angrenzenden deutschen Bundesländer und EU-Staaten Strategien für die nachhaltige Zukunftsfähigkeit des gemeinsamen Lebens-, Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturraumes entwickeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Vorstand der Bürgerschaft, die Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee aktiv zu befördern und sich dafür einzusetzen, dass die inhaltliche Arbeit des Forums vor allem auf diese Fragen ausgerichtet wird:
 - a) Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als wesentliche Zielsetzung aller meeresnahen wirtschaftlichen Aktivitäten,
 - b) Innovation und Forschung als Motor nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung,
 - c) Sicherung des Ökosystems Küste/Meer als Lebensgrundlage und gemeinsame Ressource aller Anrainer,
 - d) Definition gemeinsamer Standards als Basis grenzüberschreitender Kooperation,
 - e) gemeinsame Initiativen gegenüber den Organen und Programmen der EU.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Vorstand der Bürgerschaft, bei der Vorbereitung der in Hamburg geplanten Auftaktveranstaltung die Interessen des Landes Bremen zu vertreten und zu prüfen, welchen Beitrag Bremerhaven und Bremen dabei leisten können.

Nr. 17/970

Konzept zur Förderung von mehr Migrantinnen und Migranten im Lehramt und im Bereich der sozialen Arbeit

Strategien – Voraussetzungen – Maßnahmen – Empfehlungen

Mitteilung des Senats vom 24. November 2009
(Drucksache 17/1071)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/971

Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpfen

Bundesratsinitiative für ein gerechtes und solidarisches Steuersystem zur Rettung der Landesfinanzen starten

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 24. November 2009
(Drucksache 17/1073)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/972

Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 1. Dezember 2009
(Drucksache 17/1078)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Unterbrechung der ersten Lesung und die Überweisung an den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 17/973

Einheitliche Regelung von Nebeneinkünften und Ablieferungspflichten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Januar 2010
(Drucksache 17/1132)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. April 2010 eine rechtliche Regelung vorzulegen, welche die Nebeneinkünfte für Senatoren, Staatsräte, Beamte und alle weiteren durch das Land oder die Stadtgemeinde Bremen ernannten Organmitglieder einheitlich regelt, soweit es sich um
 - a) aufgrund gesellschaftsrechtlicher Beteiligungen durch das Land oder die Stadtgemeinde Bremen ausgeübte Tätigkeiten in beratenden oder aufsichtsführenden Organen von Unternehmen,
 - b) aufgrund gesetzlicher oder staatsvertraglicher Verpflichtungen vorgenommene Entsendung in Gremien von Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts oder
 - c) aufgrund weiterer durch Senatsbeschluss entsandter Vertreterinnen und Vertreter in Gremien privater Stiftungen oder wirtschaftlicher Vereinehandelt.
2. in dieser rechtlichen Regelung zu bestimmen, dass die für diese Tätigkeiten anfallenden Vergütungen an den bremischen Haushalt abzuführen sind. Es kann unterhalb zu bestimmender Wertgrenzen ein Selbstbehalt vorgesehen werden. Die Höhe dieser Wertgrenze hat sich an
 - a) der möglichen Haftung mit eigenem Vermögen,
 - b) der über die eigentliche Amtsverpflichtung hinausgehenden zeitlichen und inhaltlichen Belastung und
 - c) der aufzuwendenden Auslagenzu orientieren.
3. zu prüfen, ob die für vorgenannte Tätigkeiten zum Schutz des eigenen individuellen Vermögens der entsendeten Vertreterinnen und Vertreter abgeschlossenen Vermögensschadenshaftpflichtversicherungen sinnvoll und zweckmäßig sind.

